

Giftmüll: BI fragt bei Dreyer nach

KIESGRUBE RÜMMELSHEIM Umweltschützer wollen Antwort, wer ihre Anzeige verschludert hat

RÜMMELSHEIM (wba). Die Bürgerinitiative „Lebensraum Untere Nahe“ hat sich direkt an Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) gewandt, nachdem ihre Dienstaufsichtsbeschwerden gegen das Wirtschafts- und gegen das Justizministerium ein Jahr lang ohne Antwort geblieben seien. Die BI wirft den Behörden vor, sie hätten geduldet, dass in der ehemaligen Kiesgrube Rümmelsheim II mindestens 8000 Lkw-Ladungen belastetes Erdreich abgekippt wurden.

Es konnten hochgiftige Schwermetalle wie Arsen, Blei und Quecksilber sowie krebserregende teerhaltige Stoffe nachgewiesen werden.

Als die BI diese Zustände 2011 zur Anzeige brachte, stellte die Staatsanwaltschaft Mainz das strafrechtliche Verfahren drei

Jahre später ein, leitete aber die Akten an das Landesamt für Bergbau und Geologie weiter, das die Sache als Ordnungswidrigkeit verfolgen sollte. Dort seien aber die Akten nie angekommen, behauptet die Behörde. Inzwischen sind die Vorwürfe gegen den damaligen Grubenbetreiber Thomas Gaul verjährt.

Die BI will nun herausfinden, wer für diese Schluderei die Verantwortung trägt. Die Ministerpräsidentin wird gebeten, „uns in Bälde mitzuteilen, welche Behörde verschuldet hat, dass gegenüber Herrn Thomas Gaul keine Ordnungswidrigkeit erlassen werden konnte, dadurch dem Land Rheinland-Pfalz ein Schaden bis zu 40 000 Euro entstanden ist und die Firma Gaul nach wie vor ihre Kreise ziehen kann“.